

Gemeinschaft der Eigenverantwortung

Selbst wenn die Konjunktur 2006 etwas anzieht und mehr Beschäftigte frisches Geld in die Sozialkassen spülen: An den grundsätzlichen Problemen wird sich nichts ändern. Auch die auf Harmonie gestimmte große Koalition scheint allenfalls die Kraft für kleine Retuschen zu finden. Hier eine Kürzung, dort ein zusätzlicher Obolus. Mit einer Politik der „kleinen Schritte“ gelingt eben kein großer Wurf.

Auch wolkige Bekenntnisse zu Solidarität und Freiheit, wie sie die Wertedebatte der CDU durchwabern, können nicht überdecken, dass die größte Sozialkasse, die Rentenversicherung, zum Jahreswechsel nur noch durch einen Eilkredit des Staates zahlungsfähig gehalten wurde. Ebenso wenig ist auf Dauer zu vertuschen, dass die Pflegeversicherung tief in die roten Zahlen rutscht. Wie in allen Sozialkassen fehlen auch dieser CDU-Erfindung die nachwachsenden Beitragszahler, während die Zahl der Betreuungsbedürftigen und Hochbetagten drastisch steigt. Kurzum: Der umverteilende Wohlfahrtsstaat, streng nach Tarifverträgen und 38,5-Stunden-Woche organisiert, ist auf Dauer nicht mehr finanzierbar.

Vordergründig Zukunft hat dagegen ein Projekt, das Familienministerin Ursula von der Leyen von Niedersachsen auf den Bund übertragen will: Mit staatlichen Zuschüssen sollen Mehrgenerationenhäuser gefördert werden. Wie einst

sollen Großeltern die Betreuung der Enkel übernehmen, derweil sich die Jungen um die Alten kümmern, wenn diese der Hilfe bedürfen. So wird der Generationenvertrag wieder mit Leben erfüllt: Man sorgt im Familienverbund selbst füreinander, spart damit Kosten und ist nicht länger auf einen anonymen Fürsorgestaat angewiesen, der weder barmherzig noch verlässlich ist.

Der Haken ist nur: Das schöne Familienidyll wird sich so schnell nicht beleben lassen. Nicht geborene Töchter haben keine Enkel. Der Trend zur Kinderlosigkeit, der in Deutschland besonders ausgeprägt ist, wird sich erst umkehren, wenn der wahre Wert der Familie wieder erkannt wird. Das kann dauern. Doch so lange halten die sozialen Sicherungssysteme dem demografischen Druck nicht stand. Frische Ideen braucht das Land – und die Union ein überzeugendes Gegenmodell zur linken Umverteilungspolitik. Dazu muss die von Kanzlerin und Parteichefin Angela Merkel so gerne propagierte „Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit Leben, also mit konkreten Konzepten erfüllt werden. Nur so kommen CDU und CSU bei den ausgeleierte Gerechtigkeitsdebatten aus der Defensive.

Ein grundlegender Baustein für eine aktivierende Sozialpolitik könnten Betreuungsvereine sein, die nach dem bewährten Genossenschaftsprinzip organisiert sind: Die „Zeit-Reichen“, die es im Land der Frührentner und Beschäftigungslosen reichlich gibt, opfern einen Teil ihrer freien Zeit, um Bedürftige zu versorgen. Dafür

erhalten sie „Zeit-Punkte“, die sie später einmal selbst berechtigen, entsprechend ihres Einsatzes die Fürsorge des Vereins in Anspruch zu nehmen.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger erwartet deshalb von allen, „dass jeder von seiner freien Zeit etwas für das Gemeinwesen abgibt“. Die viel beschäftigte Elite müsse dabei Vorbild sein: „Anstatt das Handicap von 36 auf 28 zu verbessern, müssen auch die Golfer in die Betreuung investieren.“ Auch Bundespräsident Horst Köhler greift die neue Sehnsucht nach sozialer Wärme auf: „Solidarität bietet Halt. Die Entlohnung erfolgt durch Dank und das Gefühl des Gebrauchtwerdens. Es kommt wieder auf das Menschliche an.“

Köhler und Oettinger unterschätzen jedoch den Egoismus einer Gesellschaft, die mit Rechtsansprüchen an den Staat erzogen wurde. Wer heute bewusst die Verantwortung für eine Familie scheut, sein Geld selbstsüchtig verprasst und den Ruhestand an sonnigen Gestaden verlebt, wird als bettlägeriger Greis im deutschen Pflegeheim nicht schlechter versorgt als der fürsorgende Familienvater, für den dann auch noch die eigenen Kinder die hohen Pflegekosten aufbringen müssen.

Deshalb ist das Genossenschaftsprinzip der reinen Barmherzigkeit überlegen: Trittbrettfahrer werden diszipliniert. Leistung gibt es nur bei Gegenleistung. Die von F. W. Raiffeisen und H. Schulze-Delitsch nach den Hungersnöten um 1847 aufgebrachte Idee des selbst organisierten Hilfsvereins ließe sich heute auf viele Bereiche anwenden. Die Knappheit bei Spenderorganen etwa würde sich schlagartig verflüchtigen, wenn jeder, der sich in eine Spenderkartei eintragen lässt, bei der Zuteilung der knappen Organe Bonuspunkte erhält – also einen Nutzen hat. Dieser Kontrollmechanismus fehlt dem Sozialstaat. Er macht nicht sozial, sondern fördert den Egoismus. Jeder pocht auf seinem „Recht“ und nimmt, was er kriegen kann.

Damit der Wohltätige am Ende nicht der Dumme ist, muss der Sozialstaat auf die wirklich Bedürftigen reduziert werden. Dieses Zurückschneiden der Ansprüche wird eine Kernaufgabe der Politik sein. Erst dadurch entsteht aber der notwendige Druck, sich in Betreuungs- oder anderen Genossenschaften zu engagieren. Nur so wirft der Reichtum an freier Zeit eine Wohlfahrts-Rendite ab: Die Bürger lernen wieder, für sich selbst einzustehen. Denn die kleine, überschaubare Einheit ist dem zentralistischen Umverteilungsstaat überlegen.

Vorausschauende Politik gaukelt den Menschen nicht länger vor, dass der Staat schon noch irgendwo neue Geldquellen auftut, um die insolventen Sozialkassen einer überalterten Gesellschaft über die nächste Wahl zu retten. Zukunftsweisend sind glaubwürdige Alternativen, die Hand und Fuß haben und die Bürger überzeugen. Dass die knappen Ressourcen auf Bereiche konzentriert werden müssen, wo wirklich Fachkräfte (etwa im medizinischen Sektor) gebraucht werden, die bloße Begleitung und Betreuung jedoch von angelegerten Mitgliedern einer Sozial-Genossenschaft übernommen werden können, kann eine überzeugende Idee sein.

Moderne Sozialpolitik meidet eine neue Spaltung zwischen Vermögenden und Mittellosen, indem sie frühzeitig Alternativen entwickelt. Die Gründung von Sozial-Genossenschaften, in der selbst eine Single-Gesellschaft lernt, gegenseitig für sich einzustehen, wäre freilich mehr als einer jener kleinen Reformschritte, mit denen die schwarz-rote Regierung den Sozialstaat zu stabilisieren versucht. Es wäre eine mutige Weichenstellung: Weg vom kurzatmigen System der mit hohem bürokratischen Aufwand erzwungenen Umverteilung und Entmündigung, hin zu einer Gemeinschaft der Eigenverantwortung, in der Solidarität nicht verordnet sondern gelebt wird.